

22. Dezember 2021 / Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Kommentiert werden die Corona-Lage in Deutschland und die Bemühungen der Politik einer bevorstehenden fünften Pandemie-Welle entgegenzutreten.

22.12.2021



Ministerpräsidentenkonferenz zum Thema Corona-Pandemie und zur drohenden fünften Corona-Welle. (Guido Bergmann/Bundesregierung/dpa)

Dazu schreibt der **REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER**: „Mutlos und nicht wirklich schlüssig – so sind die Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz unter der neuen Leitung von Kanzler Olaf Scholz zu bezeichnen. Das Gremium wiederholt die Fehler der alten Regierung aus dem Vorjahr. Wenn Kontaktbeschränkungen nötig sind – warum gelten sie dann erst ab 28. Dezember und nicht sofort? Was halbherzige Maßnahmen bringen, war im vergangenen Jahr schon zu sehen – herzlich wenig. Und warum sind von den Einschränkungen alle betroffen? Auch jene, die geboostert sind – das sind immerhin schon 27 Millionen Menschen in Deutschland – oder deren zweite Impfung noch keine sechs Monate zurückliegt. Warum sind all jene von Einschränkungen betroffen, die allen Empfehlungen der Regierung gefolgt sind? Diese Fragen bleiben offen, was das Vertrauen in die Regierung eher weiter sinken lassen wird“, vermutet der **REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER**.

DIE GLOCKE aus Oelde notiert: „Was auf Deutschland zurollt wird keine Welle mehr, sondern nach den Prognosen der Experten ein Tsunami. Kontaktbeschränkungen in sieben Tagen sind eine Ewigkeit weit entfernt von sofort. In Clubs und Diskotheken darf noch einmal gefeiert werden, die Zehn-Personen-Regel gilt für Silvester, aber nicht für Weihnachten. Warum nicht? Unverständlich. Niemand hätte mit dieser Regelung alleine unter Weihnachtsbaum gesessen. Angesichts sich verdoppelnder Infektionszahlen in immer kürzeren Zeitspannen ist dieses

Zaudern unverantwortlich. Es kostet Menschenleben. Die Politik hat nach zwei Jahren Krisenmanagement noch immer nicht gelernt, einmal richtig auf die Bremse zu treten, sie schaltet wieder nur einen Gang runter – bis zur nächsten Beratungsrunde. Das macht genauso mürbe wie die Pandemie“, hält DIE GLOCKE fest.

Die **MITTELDEUTSCHE ZEITUNG** aus Halle merkt an: „Bund und Länder haben in ihrem Corona-Krisenmanagement in den vergangenen zwei Jahren etliche Fehler gemacht. Viele Fehler waren nicht vermeidbar, weil niemand Erfahrung mit einer Pandemie und schon mal gar nicht mit dem Coronavirus hatte. Inzwischen aber ist die Zeit gekommen, dass man zumindest nicht jeden Fehler zwei- oder dreimal wiederholen muss. Zu den Lehren sollte zählen, dass die Prognosen der Experten keine Horrorszenarien sind, sondern in der Regel genau so oder schlimmer eintreffen. Es ist also unverantwortlich, vor diesen Voraussagen starr vor Schreck wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen. Denn je später die Schutzmaßnahmen ergriffen werden, desto länger und härter fallen sie aus“, gibt die **MITTELDEUTSCHE ZEITUNG** zu bedenken.

Die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG** ist folgender Meinung: „Die Politik steckt – wie so oft in dieser Pandemie – erneut im Dilemma. Die zurückgehenden Infektionszahlen zeigen, dass 2G-Regeln und Impfkampagne im Kampf gegen die Delta-Variante wirken. Doch die sich erfreulich entwickelnden Zahlen erschweren gleichzeitig die Vorbereitungen auf die nächste Gefahr. Der neue Bundeskanzler Olaf Scholz trifft in dieser Lage den richtigen Ton, besonnen, aber ernsthaft und klar in der Beschreibung der Situation. Zu schärferen Kontaktbeschränkungen noch vor Weihnachten konnte sich die Runde aber nicht entschließen. Erstaunlicherweise würden zwei Drittel der Bevölkerung weitreichendere Maßnahmen wie einen Lockdown immer noch befürworten“, beobachtet die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG**.

„Der Warnpegel vor der Omikron-Variante von Corona steigt täglich und mitunter im Stundentakt“, ist in der **VOLKSSTIMME** aus Magdeburg zu lesen: „Eine Doppelimpfung gilt nur noch neun Monate als Schutz in Europa, die Impfkommision gibt das Boostern innerhalb von drei Monaten frei, das RKI fordert sofort weniger Kontakte und grätscht der Politik dazwischen. Denn Kanzler und Ministerpräsidenten plagen sich gerade ab, aus dem Alarmchor einen Regelkatalog zu machen. Das ‚Unternehmen Omikron‘ muss anlaufen, inklusive Impfpflicht. Die Achillesferse sind Kontaktsperrungen. Stadien und Clubs kann man abschließen, die Wohnung bleibt Privatsache. Wie viel Menschen dort um den Baum sitzen, kann keine Polizei kontrollieren“, meint die **VOLKSSTIMME**.

Die **NÜRNBERGER NACHRICHTEN** führen aus: „Leider erinnert das Vorgehen auch der neuen Regierung an jene Karikatur, die aktuell im Netz kursiert: Da steuert ein Kreuzfahrtschiff titanisch auf einen Eisberg zu, eine Stimme ruft: ‚Wir sollten den Kurs ändern‘ – und der Kapitän antwortet: ‚Nach Weihnachten‘. Dass nun auch Karl Lauterbach, als Noch-nicht-Minister der lauteste Rufer nach raschen und harten Regeln, eher beschwichtigt, das überrascht und empört angesichts der wirklich nicht mehr zu überhörenden Warnungen. Was nun, was tun? Mit kühlem Kopf vernünftig handeln – das können und sollten wir alle. Wenn die Politik zu langsam ist, bedeutet dies nicht, dass wir Bürger das auch sein müssen“, heißt es in den **NÜRNBERGER NACHRICHTEN**.

Die **NORDWEST-ZEITUNG** aus Oldenburg bemerkt: „Wieder sind es Hoppla-Hopp-Maßnahmen, die den Einzelnen überrollen. Wieder fehlt eine hoffnungsfrohe Erzählung, die für die Bewältigung von Krisen wesentlich ist. Wieder fehlt Vertrauen in den Einzelnen. Worauf aber die Politik Antworten geben muss, ist unter anderem dies: Werden wir auch Ende Dezember 2022 wieder dazusitzen und wegen einer Sigma-Variante über Lockdowns reden? Soll es mit dem Rein und Raus aus Lockdowns, Quasi-Lockdowns und Lockerungen immer weiter gehen? Wie soll das mit Impfpflicht werden? Sollen wir uns auf unabsehbare Zeit immer wieder in regelmäßigen Abständen impfen lassen müssen? Vor diesen und anderen Fragen drücken sich die politischen Verantwortlichen“, stellt die **NORDWEST-ZEITUNG** fest.

Die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** wirft ein: „Olaf Scholz hat in seiner ersten Regierungserklärung die persönliche Verantwortung dafür übernommen, dass alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Schlimmstenfalls ist er diesem Anspruch schon jetzt nicht gerecht geworden. Dann nämlich, wenn er sich mit Rücksicht auf die FDP auf Verzögerungen und Behinderungen eingelassen hat, die unter den Bedingungen der vierten Welle und der Delta-Variante noch vertretbar gewesen sind, nun aber von Omikron und der sich auftürmenden fünften Welle nicht mehr verziehen werden. Nach bald zwei Jahren der Pandemie ist es

furchtbar, die Bevölkerung auf Wochen und Monate neuer Härten einzustimmen. Beliebte macht sich damit niemand. Wer aber jetzt nicht schnell genug handelt, riskiert die Funktionsfähigkeit in zentralen Bereichen des Staates. Und damit eigentlich alles“, unterstreicht die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG**.

Themenwechsel. Die ehemalige Bundesfamilienministerin Giffey ist zu Berlins Regierender Bürgermeisterin gewählt worden. Die **WESTFÄLISCHEN NACHRICHTEN** aus Münster erläutern: „Franziska Giffey ist es im Stil einer Entfesselungskünstlerin gelungen, sich aus einer scheinbar aussichtslosen politischen Lage zu befreien. Eine Plagiatsaffäre in der Dimension hätte kaum ein Spitzenpolitiker überstanden. Schließlich waren die Verstöße so gravierend, dass die Freie Universität Berlin Giffey den Dokortitel aberkannte. Zwar hatte die SPD-Politikerin bereits zuvor Konsequenzen gezogen – aber nur scheinbar: Natürlich sagt allein ein Dokortitel nichts aus über die Eignung als Politiker. Aber aufgrund der Verstöße wäre ein Verzicht auf alle politischen Spitzenämter angebracht gewesen. Jetzt ist Giffey mit einem blauen Auge davonkommen. Ihre Glaubwürdigkeit bleibt aber auf Dauer beschädigt“, sind die **WESTFÄLISCHEN NACHRICHTEN** überzeugt.

Die **FRANKFURTER RUNDSCHAU** analysiert: „Der rot-grün-rote Koalitionsvertrag für die Hauptstadt zeigt zweierlei: Diese Konstellation zwingt Giffey, Kernthemen wie die Wohnungsfrage ernster zu nehmen, als das mit der FDP oder gar mit CDU und FDP der Fall gewesen wäre. Am fulminanten Erfolg des Volksbegehrens für die Vergesellschaftung von Wohnungen großer Konzerne kommt auch die neue Bürgermeisterin nicht vorbei.“